

Menschenkette für den Rückkauf der Fernwärme am 21. 9. 2018 - Auftakt um 16 Uhr vor der Kunsthalle

Der Senat muss jetzt den Netze-Volksentscheid vollständig umsetzen!

Die Entscheidung über den Rückkauf des zentralen Hamburger Fernwärmenetzes geht in die heiße Phase. Gemäß dem Volksentscheid vom 22. September 2013 müssen Senat und Bürgerschaft bis Ende November die Anteile von Vattenfall am Fernwärmenetz kaufen, wenn das zulässig ist. An der Zulässigkeit kann nach einem Rechtsgutachten von Rödl&Partner und bei einer vollständigen Beachtung der Landeshaushaltsordnung kaum mehr ein Zweifel bestehen.

Während sich die Grünen und die LINKE eindeutig für den Rückkauf aussprechen und die AfD, die CDU und die FDP weiterhin unter Missachtung des Volksentscheids und in krassem Widerspruch zu den völkerrechtlich verbindlichen Zielen des Pariser Klimaabkommens das Kohle-Kraftwerk Moorburg an das Fernwärmenetz anschließen wollen, wirken große Teile der SPD-Führung unschlüssig und zögerlich. Finanzsenator Dressel hat sich erst kürzlich für eine Verschiebung des Rückkaufs-Zeitpunkts ausgesprochen – bis nach der nächsten Bürgerschaftswahl?

Der von Olaf Scholz und Vattenfall im Frühjahr 2014 geschlossene Vertrag sieht vor, dass das Fernwärmenetz **für immer in privater Hand bleibt, wenn Senat und Bürgerschaft sich nicht bis zum 30. November zum Rückkauf entschließen.**

Weshalb zögert die SPD? Dem vertraglich vereinbarten Mindestkaufpreis von 950 Mio. € steht nur ein gutachterlich ermittelter Unternehmenswert von 645 Mio. € gegenüber. Muss Hamburg also 305 Mio. € zu viel zahlen? Schaut man sich die Zahlen genauer an, so stellt sich heraus, dass Hamburg nur 142 Mio. € mehr zahlen würde als dem betriebswirtschaftlich berechneten Unternehmenswert entspricht. Denn Hamburg hat bereits 325 Mio. € im Jahr 2014 für 25,1 % des Unternehmens bezahlt. $(950 - 325 - 74,9 \% * 645,1 = 141,8)$

Die zu erwartenden volkswirtschaftlichen Gewinne durch den Rückkauf des Fernwärmesystems übersteigen den betriebswirtschaftlich ermittelten Differenz-Betrag von 142 Mio. € aber bei weitem.

Der Senat muss volkswirtschaftlich entscheiden!

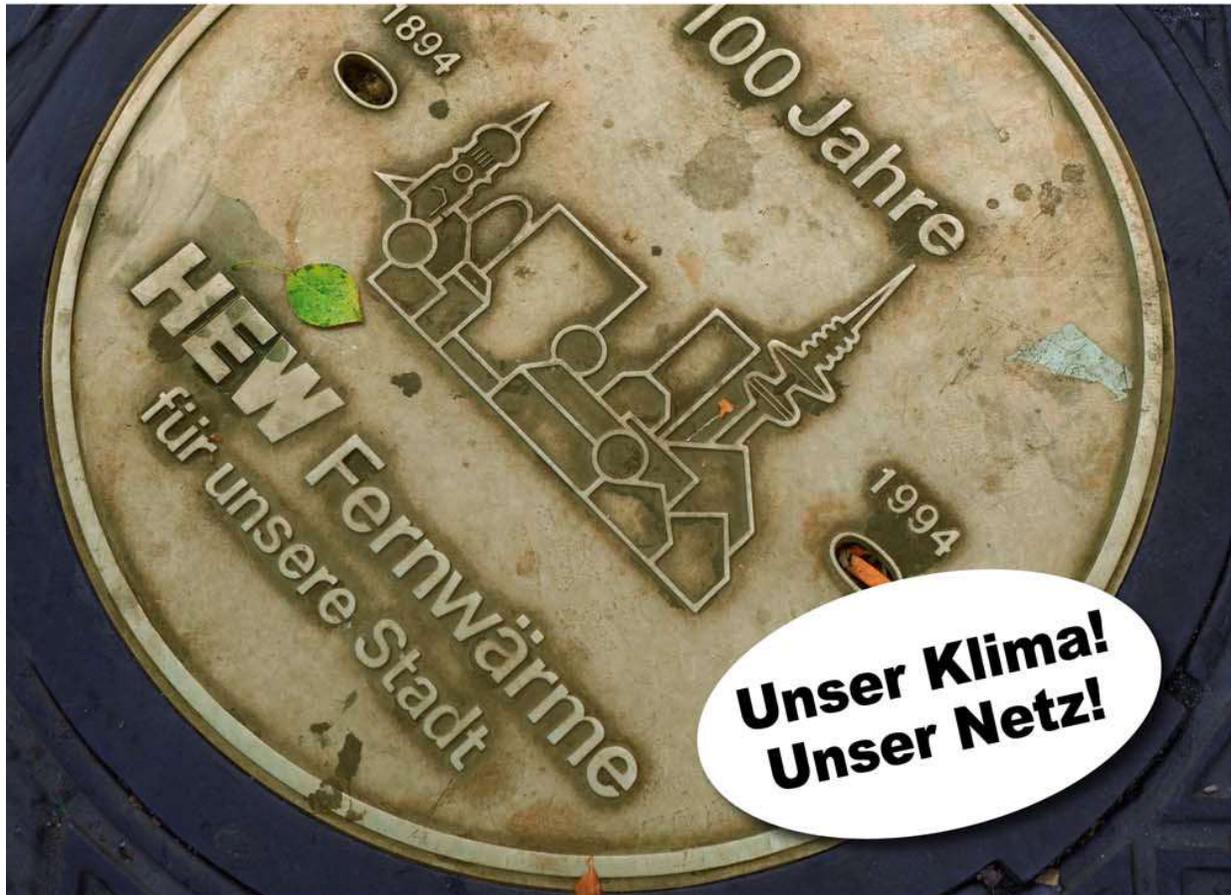
Nach der Hamburger Landeshaushaltsordnung muss über den Kauf nach volkswirtschaftlichen und nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben entschieden werden. Es müssen also auch in Rechnung gestellt werden:

- der Schutz der Umwelt und des Klimas,
- die durch Hamburg selbst steuerbare Wertschöpfung in der Metropolregion im Gegensatz zu dauerhaften Abflüssen von Gewinnen aus der Fernwärmeversorgung Hamburgs nach Stockholm,
- die sozialverträgliche Kontrolle über die Fernwärmepreise im Gegensatz zu monopolistisch gesteuerten Fernwärmepreisen,
- der sozialverträgliche Umgang mit der Belegschaft des Fernwärmeunternehmens einschließlich der Unternehmenseinheit Wedel und
- die Glaubwürdigkeit der politischen Repräsentanten im Hinblick auf die Umsetzung von Volksentscheiden.

Grund genug, die Menschenkette am 21.9.2018 ab 16 Uhr zu unterstützen, die von vielen Hamburger Umweltinitiativen getragen wird. Sie wird eine symbolische Fernwärme-Konzession vom Vattenfall-Kundenzentrum zum Rathaus bringen und dort dem Senat überreichen.

<https://www.hamburger-energetisch.de/>

Volksentscheid 2013: **Fernwärme jetzt zurückkaufen!**



Menschenkette
von Vattenfall zum Rathaus
Freitag, 21. September, um 16 Uhr
Treffpunkt: Glockengießerwall, vor der Kunsthalle

Attac Hamburg, Gegenstrom, Hamburger Energietisch, BI Keine Moorburgtrasse!, NaturFreunde Hamburg, Robin Wood Hamburg, Umweltgruppe Elbvororte, UmweltHaus am Schüberg – Kirchenkreis Hamburg-Ost